

Digitalisierung auf dem Land

I. Digitalisierung – stetiger Wandel im Alltag und in der Jugendarbeit

Digitalisierung ist kein Trend, für den man sich entscheidet oder dem man sich verweigert. Digitalisierung ist die Summe vielfältiger weltweiter technologisch-gesellschaftlicher Entwicklungen, die sich auf alle Lebensbereiche auswirkt. Und für junge Menschen ist Digitalisierung vor allem eines: tägliches Leben.

Neben den vielen Erleichterungen und Selbstverständlichkeiten ist Digitalisierung weder Selbstzweck noch Selbstläufer. Technische Entwicklungen werfen neue ethische, gesellschaftliche und politische Fragen auf - und eröffnen gleichzeitig Gestaltungsspielräume. Als größter ländlicher Jugendverband in Bayern wollen wir uns diesen neuen Herausforderungen stellen. Wir wollen den Prozess der Digitalisierung aktiv und verantwortungsvoll gestalten – statt nur passiv Veränderungen hinzunehmen.

Vor diesem Hintergrund braucht es in Bayern – und darüber hinaus – eine „Digitalpolitik“, die zur Querschnittsaufgabe wird und an folgenden Grundsätzen orientiert ist: Allen Menschen – vor allem aber der jungen Generation – muss die Teilhabe an der Digitalisierung ermöglicht werden. Dabei darf es keine Unterschiede zwischen Stadt und Land geben. Gleichzeitig müssen Menschen zur Teilhabe und zur Partizipation befähigt werden. Hier haben alle staatlichen und zivilgesellschaftlichen Bildungsträger eine hohe Verantwortung.

Vorrangig muss Digitalisierung so gestaltet werden, dass sie den Menschen dient, Möglichkeiten zu menschlicher Entwicklung schafft, einen verantwortungsvollen Umgang fördert und Chancen eröffnet statt Freiheit einschränkt.

2. Digital auf dem Land – ohne Infrastruktur geht nichts

Grundlegende Voraussetzung für Teilhabe am digitalen Wandel ist die Internet- und Mobilfunkverbindung. Gerade in ländlichen Räumen bestehen hier noch große Defizite. Zwischen politischen PR-Versprechen („Wir führen Bayern ins Gigabit-Zeitalter“¹) und der Lebensrealität von Funklöchern oder immer noch zu geringer Breitbandkapazität besteht eine große Diskrepanz.

Für uns ist die digitale Infrastruktur für Mobilfunk und Internetverbindung Teil der staatlichen Daseinsvorsorge. Sie ist Voraussetzung für wirtschaftliche und soziale Zukunftsfähigkeit.

Der jeweils der technischen Entwicklung angepasste Standard bei Mobilfunk und Internetverbindung muss durch staatliche Regulierung in ganz Bayern möglich sein. So wie das Industriezeitalter Wasser und Strom durch kommunale Versorgung in jeden Einzelhof brachte, muss das Digitalzeitalter den Internetzugang zu allen von uns bringen.

Wir fordern daher:

- Flächendeckender statt nur teilweiser Ausbau als Planungs- und Genehmigungsgrundlage für Breitbandförderung. Dazu nötig sind Verpflichtungserklärungen der Netzbetreiber gegenüber den Kommunen für einen vollständigen Breitbandausbau bis 2025.
- Staatliche finanzielle Unterstützung für die Versorgung insbesondere für die Erschließung peripherer Regionen
- Verstärkung des 2020 neu aufzustellenden Breitband-Förderprogramms als ein wichtiger Baustein für die Versorgung auf dem Land, dazu muss die Beratung durch das Bayerische Breitbandzentrum für alle Kommunen verstärkt werden. Es muss bis zu jedem Endanschluss gedacht werden statt nur bis zum nächsten Beispielprojekt² oder Gewerbegebiet.
- Modellprojekte wie kommunale Zweckverbände für den Breitbandausbau, um z. B. Weiler zwischen Gemeinden durch ortsübergreifende Lösungen anschließen zu können
- Pragmatismus und Praktikabilität in der konkreten Umsetzung, z. B. Synergien mit anderen Erdbauarbeiten nutzen

¹ Koalitionsvertrag für die Legislaturperiode 2018-2023 von CSU und Freie Wähler, 2.11.2018, S. 52

² Ein beispielhaftes Projekt ist für uns die Gemeinde Halsbach, wo im Spätherbst 2018 das 45 Kilometer lange Glasfasernetz in Betrieb ging. <https://www.halsbach.de/>

3. Digital lernen und arbeiten auf dem Land

Um unsere digitale Lebens- und Arbeitswelt zu gestalten, werden wir alle wichtigen Themen auf dem Land immer neu unter dem Aspekt der Digitalisierung bewerten und einen passenden politischen sowie gesellschaftlichen Rahmen einfordern.

3.1. Digitales Lernen

Junge Menschen erleben heute einen anachronistischen Unterschied³ zwischen ihrer realen Lebenswelt, die keine Trennung von „digital“ und „analog“ mehr zulässt⁴ und der Lebenswelt Schule, die fast ausnahmslos Smartphones und andere digitale Geräte aussperrt. Hier sehen wir dringenden Handlungsbedarf.

Dabei geht es nicht primär um die Ausstattung mit Geräten und ihre Bedienung. Vielmehr hat Schule die Aufgabe, junge Menschen zu befähigen, in einer digitalen Welt verantwortungsvoll zu handeln. Dazu braucht es sowohl ein Grundverständnis für digitale Technologien als auch medienpädagogische Angebote – und das in allen Schularten.

Auch die außerschulische Bildungsarbeit hat hier die wichtige Aufgabe, junge Menschen in ihrer Entwicklung zu begleiten und einen Beitrag zu „digitalen Mündigkeit“⁵ zu leisten. Gleichzeitig muss es Jugendarbeit gelingen, in digitalen Lebenswelten für junge Menschen präsent und ansprechbar zu sein.

Wir fordern daher:

- Flächendeckender Ausbau der Angebote für Medienpädagogik in Schule und außerschulischer Jugendarbeit
- Bedarfsgerechten Ausbau von Stellen für Medienpädagogik
- Passende Fortbildungen für alle Lehrkräfte
- Digitale Lebenswelt muss in allen Fächern jeweils sinnvoller Gegenstand des Lehrplans sein, weil es alle Bereiche der Lebenswelt junger Menschen betrifft
- Das absolute Handyverbot an Schulen in Bayern ist nicht mehr zeitgemäß und muss abgeschafft werden. Im bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz (BayEUG) müssen geeignete Freiräume für die sinnvolle Integration von digitalen

³ Anachronistisch bedeutet „nicht in eine bestimmte Zeit, Epoche passend und daher überholt; zeitwidrig“.

⁴ Vgl. Teilhabe, Lebenswelt und Digitale Mündigkeit – unsere digitalpolitischen Grundhaltungen. Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2018

⁵ Ebd.

Medien in den Schul- und Unterrichtsalltag geschaffen werden, über die jede Schule selbst entscheiden darf⁶.

- Strukturell verankerte Handlungskonzepte an Schulen zur Prävention und Hilfe im Fall von digitalem Mobbing
- Schulungen zu Fake-News, zweifelhaften Rollenvorbildern, Gefahren und Sucht im Bereich von sozialen Medien für Schule und Jugendarbeit
- Bereitstellung von Mitteln zur Entwicklung und Erprobung neuer Konzepte zur digitalen Jugendarbeit
- Qualifizierung von haupt- und ehrenamtlichen Fachkräften in der außerschulischen Jugendbildungsarbeit im Hinblick auf Digitalisierung und Medienpädagogik

3.2. Digital arbeiten auf dem Land

Gerade für eine räumlich ausgeglichene und gerechte Wirtschaft in ganz Bayern bietet die Digitalisierung enorme Chancen. Maßgeblich muss dabei eine regional orientierte, ökologische und soziale Marktwirtschaft sein, die gleichwertige Voraussetzungen für Unternehmen und gleichwertige Lebensverhältnisse auch auf dem Land sicherstellt⁷.

Wirtschaftspolitik muss dabei einen Rahmen schaffen, der in ländlichen Räumen kleine und mittlere Unternehmensformen stärkt und ermöglicht. Besonders die Schaffung von neuen Erwerbsmöglichkeiten in ländlichen Räumen bietet die Chance für junge Menschen, sich in ihrer Heimatregion eine Existenz aufzubauen und zugleich überhitztes Wachstum und Überteuerung im „Speckgürtel“ der Metropolregionen zu bekämpfen.

Wir fordern daher:

- Förderung digitaler Gründerzentren auf dem Land, die eine passende technische Infrastruktur mit hohem Freizeitwert und Möglichkeiten für fachlichen Austausch/Kooperationen der IT-Branche verbinden

⁶ Positionspapier Nutzung von Mobiltelefonen an Schulen, Landesschülerrat vom 1.1.2018.

<https://lsr.bayern/wp-content/plugins/download-attachments/includes/download.php?id=1040>

⁷ Der Bericht der Enquete-Kommission des Bayerischen Landtags „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ bietet dazu eine umfassende Bestandsaufnahme, die Forderung „räumlicher Gerechtigkeit“ und kontroverse politische Ziele. Drucksache 17/19700 vom 30.1.2018.

www.bayern.landtag.de/fileadmin/Internet_Dokumente/Sonstiges_P/EK_Lebensverhaeltnis_Abschlussbericht.pdf

- Aktive Ansiedlungspolitik für kleine und mittlere Digitalunternehmen in ländlichen Räumen sowie bessere und mehr Fördermöglichkeiten des Freistaats Bayern nach Vorbild des „Digitalbonus Bayern“⁸
- Mehr Förderprogramme für „digitale Dörfer“⁹
- Aufbau der „BayernApp“ für ganz Bayern mit dem Ziel, dass vorrangig kleine Gemeinden Dienstleistungen, regionale Produkte und Mobilität vernetzt anbieten können¹⁰
- Förderung von digitaler Infrastruktur und Beratung in der Landwirtschaft, v.a. zu Techniken, die einen ökologischen Mehrwert und Klimaschutz ermöglichen wie z.B. Verwenden von Sährobotern, verringerte Bodenverdichtung, sparsamerer Einsatz von Pflanzenschutzmitteln.
- Anreize für digitale Lösungen bei Klimaschutz und Energiewende zu 100 % erneuerbaren Energien, z.B. bei Steuerung von Solar- und Windanlagen oder energieeffizienten Gebäuden. Hierbei muss der öffentliche Dienst eine Vorreiterrolle einnehmen.

4. Daten sind das Gold des 21. Jahrhunderts

Mit zunehmender Digitalisierung wird immer klarer: Wer Herr der Daten ist, ist Herr der Macht. Dies bedeutet für den Staat neben Bereitstellung von Bildung und Infrastruktur, die Wahrung der Grundrechte auch beim Umgang mit persönlichen Daten sicherzustellen.

Abhängigkeit von Tech-Konzernen reduzieren

Die digitalisierte Weltwirtschaft wird inzwischen von nur wenigen Tech-Konzernen dominiert. Konzerne wie Microsoft, Google, Apple, Facebook und SAP bekamen durch ungezügelter Marktentwicklung eine globale Macht, die nachträglich immer schwieriger einzuschränken ist. Faktische Monopole einzelner Konzerne dürfen nicht zu einer völligen Blockade von neuen Marktteilnehmenden und zu einer gesellschaftlichen Abhängigkeit

⁸ Der „Digitalbonus Bayern“ fördert bis zu 50.000 Euro für kleine und mittlere Unternehmen, jedoch bisher nicht mit Priorität für ländliche Räume. www.digitalbonus.bayern.

⁹ Das Programm „Digitales Dorf Bayern“ fördert bisher nur fünf Pilotregionen mit digitaler Infrastruktur: Steinwald, Oberes Rodachtal, Spiegelau-Frauenau, Waginger See/Rupertwinkel, Balderschwang-Obermaiselstein. <https://digitales-dorf.bayern>.

¹⁰ Nach der am 2.4.2019 im Kabinett beschlossenen „Digitalstrategie“ der Staatsregierung sollen bis Ende 2020 die wichtigsten Verwaltungsdienstleistungen in Bayern vollständig digital, mobil und über eine BayernApp bereitstellen.

führen. Dennoch gibt es immer noch Möglichkeiten, unabhängig von den großen Konzernen den digitalen Alltag politisch zu gestalten. Gerade Community-basierte Software aus dem Open-Source-Bereich¹¹ bietet Potentiale, um diese Abhängigkeiten aufzubrechen.

Das Gold zurück geben!

Viele der neuen Dienste werden zumindest vordergründig kostenlos oder stark vergünstigt angeboten. Dieses Geschäftsmodell ist auch nur deshalb rentabel, da die Nutzenden bewusst oder unbewusst mit einem wesentlich kostbareren Gut bezahlen, ihrer völligen Offenlegung gegenüber dem Anbieter. Je nach Dienst reichen die gesammelten Informationen von den reinen Kontaktdaten bis hin zur völligen Erfassung der Lebensumstände, Gewohnheiten und Vorlieben.

Mit der DSGVO ist auf europäischer Ebene bereits ein guter Rahmen für verlässlichere Regeln bei Unternehmen für den Umgang mit unseren Daten geschaffen worden. Auch hat jeder Mensch die Möglichkeit, Auskunft über Art und Umfang der über ihn gesammelten Informationen zu erhalten.

An dieser Stelle darf noch nicht Schluss sein. Aktuell beschränkt sich das Datenschutzrecht darauf, die Unternehmen zur Bereitstellung der übermittelten Daten in standardisierter Form zu zwingen. Viel relevanter für eine umfassende Information der Nutzenden wäre jedoch, auch aggregierte Datensätze zu erhalten. Die Verknüpfungsverfahren sind freilich intellektuelles Gut des jeweiligen Unternehmens, aber zur umfassenden Auskunft hinsichtlich der gesammelten Informationen sollten auch die Schlussfolgerungen gehören, welche die Konzerne aus den übermittelten Daten ziehen.

Den Goldschatz heben!

Insbesondere für Wissenschaft und Forschung stellt die Gewinnung von Massendaten eine der wesentlichen Herausforderungen dar. Mit hohem Aufwand werden Studien finanziert und durchgeführt, um Informationen zu sammeln, über welche die Konzerne längst verfügen. Diesen Datenschatz anonymisiert und mit Einwilligung der Nutzenden

¹¹ Open-Source steht hierbei für quelloffene Software, bei welcher der Programmcode öffentlich zugänglich ist. Damit verbunden ist, dass die Software von anderen weiterentwickelt werden kann. Zudem besteht die Möglichkeit, dass Fachkundige den Code auf Sicherheitslücken oder gegebenenfalls sogar absichtlich eingebaute Hintertüren hin untersuchen können. Damit entsteht zumindest potentiell ein Sicherheitsgewinn, vgl. www.computerwoche.de/a/crm-wo-open-source-vorteile-bietet,1227759.

unentgeltlich auch für die Wissenschaft und Forschung bereitzustellen, erleichtert und verbessert empirische Studien.

Die faktischen Monopole sollen dadurch entkräftet werden, dass die gesammelten Informationen mit Zustimmung der Nutzenden und anonymisiert wieder der Wissenschaft und Forschung zur Verfügung gestellt werden können.

Wir fordern daher:

- Quelloffenheit von Software ist als ein maßgebliches Kriterium bei künftigen Ausschreibungen der öffentlichen Hand zu berücksichtigen
- Bestandssoftware auf Hintertüren und kritische Abhängigkeiten von einzelnen Konzernen zu prüfen und auszutauschen, wo dies möglich ist
- IT-Verantwortliche dürfen nicht allein gelassen werden. Dazu sind gemachte Erfahrungen mit einschlägigen Open-Source-Tools im Behördenalltag auszutauschen. Es soll eine zentrale, behördenübergreifende Stelle mit dem nötigen Beratungs- und Unterstützungspotential etabliert werden.
- Umkehrung des Wertschöpfungsmodells: Nicht die Unternehmen haben von vornherein die Rechte an Daten und machen damit Gewinne, sondern die Nutzenden haben alle Rechte an ihren Daten und erlauben den Unternehmen gegen Beteiligung am Gewinn die Nutzung ihrer Daten.
- Auskunftsrechte im Datenschutzrecht nicht nur über Speicherung, sondern auch über Auswertung und Verknüpfung von überlieferten Daten
- Wissenschaft und Forschung öffentlich finanzierter Träger sollen mit Einwilligung auf die bei Behörden und Unternehmen gesammelten Nutzerdaten anonymisiert Zugriff erhalten.

5. Digitalisierung und Ethik – eine Aufgabe für uns alle

Wie jede gesellschaftliche Weiterentwicklung gibt auch die Digitalisierung Anlass zu neuen ethischen Reflexionen. Gerade als christlicher Jugendverband ist es für die KLJB Bayern selbstverständlich, dass die Auseinandersetzung mit ethischen Fragestellungen, wie dem Verhältnis von Mensch und Maschine oder der Frage nach Gerechtigkeit im Kontext des digitalen Wandels, auf Höhe mit dem technischen Fortschritt passiert.

Wir fordern daher:

- Verstärkung des gesellschaftlichen Diskurses zu konkreten Auswirkungen und aktuellen Herausforderungen, die der digitale Wandel mit sich bringt, z.B. den Umgang mit sogenannter „Künstlicher Intelligenz“. Hier können auch die Kirchen einen wertvollen Beitrag leisten.
- breit angelegten interdisziplinären wissenschaftlichen Dialog zwischen Geistes- und Sozialwissenschaften mit technischen Wissenschaften
- Sicherstellung der Unabhängigkeit von Forschung und Lehre an den bayerischen Hochschulen sowie notwendige Einschränkungen bei Sponsoring und Personalstellung durch Unternehmen und Konzerne
- Digitalisierung in Schule und Weiterbildung in öffentlicher Hand zu lassen, vor allem „Sponsoring“ durch große IT-Konzerne bringt immer neue Einflussmöglichkeiten, Abhängigkeiten und Privatisierung in der Bildung
- Verstärkter Fokus auf Bildung hinsichtlich ethischer Reflexion in allen Formen der schulischen und beruflichen Ausbildung sowie in allen Studiengängen

6. Unsere digitale Lebenswelt aktiv gestalten – auch in der Kirche!

Die KLJB Bayern versteht sich als Jugendverband, der das Land bewegen will. Wir wollen darum durch Bildungsarbeit und eigenes Handeln unseren Beitrag leisten, die digitale Lebenswelt aktiv zu gestalten. Mit unserer Jugendarbeit wollen wir damit auf allen Ebenen Vorbild für ein nachhaltiges und zukunftsfähiges Leben auf dem Land sein.

Besonders wichtig ist uns dabei, dass wir als junge Kirche auf dem Land eine oft noch in Erfahrungen und Lebenswelten vorheriger Jahrhunderte verharrende Kirchenstruktur verändern wollen. Das beginnt im Alltag unserer kleinen Gemeinden und ihrer Glaubenskommunikation und betrifft viel mehr als Öffentlichkeitsarbeit. Zeitgemäße kirchliche Jugendarbeit ist für uns eine Verbindung von persönlicher und digitaler Kommunikation, ein personales Angebot für junge Menschen und ihre Fragen an Kirche und Welt. Wer die digitale Welt dabei nicht verstehen und in das kirchliche Leben einbeziehen kann und will, hat die junge Generation jetzt schon verloren.